



MILITÄR WIEDER AUF DEM VORMARSCH —BENAZIR BHUTTO ENTLASSEN—

Nach 20-monatiger Amtszeit wurde Premierministerin Benazir Bhutto am 6. August vom pakistanischen Präsident Ishaq Khan ihres Amtes enthoben. Die Übergangsregierung wird von Oppositionsführer Ghulam Mustafa Jatoi geführt. Bis zum 24. Oktober, für den Neuwahlen ausgeschrieben sind, ist der Ausnahmezustand wieder verhängt worden. Ein Beitrag von Angebin Malik:



Foto: Herald, Karachi

Die Entlassung Benazir Bhuttos überrascht nicht. Schon im Juli hatte der in Karachi erscheinende 'Herald' von einem potentiellen Sturz der Premierministerin gesprochen. Jetzt ist es soweit gekommen. Präsident Khan hat ihr Korruption, Unfähigkeit, Ämterpatronage und Mißwirtschaft vorgeworfen. Seit ihrem Amtsantritt 1988 sei ebenfalls in ihrer Heimatprovinz Sindh keine Besserung der Verhältnisse zwischen den sich befehdenden Volksgruppen festzustellen. Vielmehr habe sich die Lage immer weiter zugespitzt.

Die dort seit langem anhaltenden Unruhen fanden ihren Höhepunkt in einem Massaker am 27. Mai diesen Jahres. Bei einer Demonstration von Mohajir-Frauen eröffnete die Polizei das Feuer. Dabei wurden 99 Personen, darunter zwölf Frauen, getötet und rund 250 verletzt. Insgesamt starben in diesem Jahr bei blutigen Auseinandersetzungen zwischen der Volksgruppe der Sindhis und den aus Indien eingewanderten Moslems, den Mohajirs, über 1000 Menschen. Der Konflikt, der sich vor allem in der Stadt Hyderabad abspielt, griff auch auf Karachi über. Der Bhuttoregierung wird vorgeworfen, nicht die Armee eingeschaltet zu haben, vielmehr sei diese auf Eigeninitiative eingetroffen, um dem willkürlichen Eingreifen der polizeilichen Behörden des

Sindh ein Ende zu bereiten (zu den Hintergründen des Konflikts siehe auch 'Südasiens' Nr. 5-6/89). Die Armee, die erweiterte Kompetenzen in der Provinz forderte, wurde von der Regierung zurückgewiesen - trotz Artikel 245 der Verfassung. Dieser erlaubt der Armee, Personen ohne richterliche Anordnung festzunehmen. In der Erteilung zusätzlicher Befugnissen an das Militär sah die 'Pakistan Peoples Party' (PPP)-Regierung offensichtlich eine mögliche Bedrohung ihrer eigenen Position.

Machtkämpfe

Der Machtkampf zwischen dem Präsident, der Premierministerin und dem Militär war schon seit langem im Gange. Verstärkt wurde der Konflikt noch durch die einflußreiche Oppositionspartei 'Islami Jamhoori Ittehad/Islamische Republikanische Vereinigung' (IJI) in der pakistanischen Provinz Punjab. Die IJI ist ein Zusammenschluß konservativer, religiöser Parteien (darunter auch die 'Muslim Liga'). Das Dreiergespann scheint sich nun in zwei Lager gespalten zu haben. Auf der einen Seite der Präsident Hand in Hand mit dem Militär - auf der anderen Seite die Ex-Premierministerin. Präsident Khan und der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General Beg, sind sich darüber einig, im Inneren des Landes stabilere Verhältnisse zu schaffen, um dem Druck der "Äußerer Aggression", so Khan, bedingt durch die Kashmirfrage, standhalten zu können. Dabei wird nicht ausgeschlossen, daß Indien im September - wenn die Trockenzeit kommt - in die Offensive geht.

Zudem kommt die überraschende Bekanntmachung des Führers der 'Jammu and Kashmir Liberation Front' (JKLF), A. Khan, eine Übergangsregierung im indischen Teil Kashmirs ("Indian held Kashmir", IHK) zu bilden. Sie solle den Prozess der Unabhängigkeit Kashmirs beschleunigen, der nach Meinung des JKLF-Führers stagniere. Diese Neuigkeit, die ohne eine Absprache mit der pakistanischen Regierung vollzogen wurde, wird in vielen Kreisen heftig diskutiert. So erklärte der Vorsitzende der Azad Kashmir Provinz - dem pakistanischen Teil Kashmirs -, S. Qayyum Khan, daß eine Übergangsregierung im anderen Teil Kashmirs überflüssig sei, da die Administration im Azad Kashmir funktioniere.

Die abgesetzte Premierministerin, die sowohl in Kashmir als auch im Afghanistankonflikt in Absprache mit

ihrer "Schutzmacht" USA einen vergleichsweise moderaten Kurs vertrat, sieht sich als Opfer einer militärischen Geheimdienstkampagne. So soll der Chef des 100.000 Mitarbeiter umfassenden pakistanischen Militärgeschwaders (ISI), Hamid Gul, den Waffenanschub für die afghanischen Mudjahiddin gesteuert haben, muslimische Untergrundkämpfer für den Einsatz im indischen Teil Kashmirs ausgebildet haben lassen und den Sikhs aus dem indischen Unionsstaat Punjab eine Durchgangsschleuse geöffnet haben. Ebenso macht sie ihn dafür verantwortlich, die ethnischen Unruhen im Sindh zwischen den Mohajirs in Hyderabad und den Sindh-Nationalisten mit provoziert zu haben. Dieser seit langem währende ethnische Konflikt, der eine Teilung der Provinz Sindh zur Folge haben könnte, führte schließlich zum Wegbrechen des Koalitionspartners der PPP, dem 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM), das sich für die Rechte der Mohajir-Gemeinschaft in der Provinz einsetzt. Die MQM beklagte sich über Bhutto, weil sie Abmachungen und Zusagen nicht eingehalten habe und unterstützt nun auch die Absetzung der Premierministerin. Die städtischen Gebiete im Sindh und um Karachi sollten demnach unter polizeilicher Kontrolle stehen. Während die Mohajirs nach dem Massaker vom Mai die Verhängung des Kriegsrechts im Sindh forderten, wagte Bhutto nicht, dem Militär Sondervollmachten zu geben, aus Angst, ihre Unterstützung aus den Sindh-Bevölkerungsschichten zu verlieren.

Bhutto, die bei ihrem Amtsantritt über eine äußerst knappe Mehrheit im Parlament verfügte, war damit mit ihrer PPP endgültig in eine Minderheitenposition geraten und jederzeit durch ein Mißtrauensvotum zu torpedieren, sobald sich die ihr ohnehin mißtrauisch gesinnten rechten und religiösen Oppositionsparteien auf eine gemeinsame Strategie verständigt hätten.

Von Anfang an war sie mit ihrer Minderheitsregierung gezwungen, wichtige Kompromisse mit dem "allmächtigen", seit über drei Jahrzehnten in den höchsten Rängen der Bürokratie amtierenden Präsidenten I. Khan zu schließen. Außenminister S. Yakub Khan, der weiterhin sein Amt behielt, ließ keine Änderung in der Afghanistan-Politik zu. Ebenso wurde ihr geraten, sich nicht in die Angelegenheiten des pakistanischen Militärs einzumischen. Ihre Demission und die gleichzeitige Auflösung des Parlaments bestätigen den offensichtlich weiterhin großen Einfluß von Militär und Bürokratie im 1947 gegründeten Staat.

Der vorübergehend ihre Stelle einnehmende Oppositionsführer, G.M. Jatoi, ein ehemaliger PPP-Mann, der sich zusammen mit Mustafa Khar 1988 aus der Partei abspaltete und die 'National Pakistan Party' (NPP) gründete, gehört zur Gruppe der Großgrundbesitzer, die 80 Prozent der politischen Szene Pakistans beherrscht. Die Interimsregierung ist zusätzlich gespickt mit Bhuttos politischen Gegnern. Diese hat sich angeblich auch zum Ziel gesetzt, Korruptionsuntersuchungen gegen Frau

Bhutto einzuleiten. Alle Abgeordneten, die bei den Wahlen im November 1988 ihr Mandat erhielten, müssen sich vor gerichtlichen Kommissionen verantworten. So muß jeder ehemalige Delegierte bis zum vorgesehenen Wahltermin am 24. Oktober damit rechnen, nach einer eventuellen Verurteilung das Mandat zu verlieren und politisch 'disqualifiziert' zu werden. Tribunale haben in Pakistan die Befugnis, Politikern die Teilnahme an Wahlen für fünf bis sieben Jahre zu verbieten. Einige Minister der Übergangsregierung in Islamabad stehen nach Angaben von lokalen Beobachtern selbst unter Mordverdacht und unter Anklage, Steuergelder mißbraucht zu haben.

Die Stärke des Militärs

Letztlich ausschlaggebend für Bhuttos Scheitern ist das fortdauernde Mißtrauen gegen sie in der Armeeführung gewesen. Nachdem sie sich vor einiger Zeit bei ihrer Begegnung mit Dehli's ehemaligem Regierungschef Rajiv Gandhi abfällig über die eigene Armee geäußert haben soll, galt sie bei Präsident Ishaq Khan und dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Aslam Beg, "als in nationalen Sicherheitsfragen nicht vertrauenswürdig". Die Vorwürfe der Inkompetenz und Verrat an islamischen und nationalistischen Idealen zeigen eine geringe Rückkehrmöglichkeit der Ex-Premierministerin. Auf innenpolitischer Ebene wird ihr Abgang vermutlich die konservativ-religiösen Kräfte stärken, die ohnehin unter der Regimeherrschaft Zia-ul-Haq gefördert wurden. Ein möglicher Triumphzug dieser Gruppe ist nicht auszuschließen.

Bhutto ist in den Verruf geraten, taktisch ungeschickt und ebenso undiplomatisch sowohl gegenüber ihrem Opponenten im Punjab, Mian Nawaz Sharif als auch gegenüber Präsident Khan gehandelt zu haben. Dem Parteidruck erlegen scheiterte ihr Versuch, Nawaz Sharif zu stürzen. Mit Khan hatte sie Meinungsverschiedenheiten, die sich an ihrer Forderung der Ernennungsbefugnis von Richtern und Absetzungsbefugnis von Armeeeoffizieren der höheren Ränge entzündeten.

Im außenpolitischen Felde ist die Nachricht von der Entlassung Bhuttos auf Kritik gestoßen. Das Nachbarland Indien hat die Affäre als Militäraktion eingeordnet und die Entlassung als anti-demokratisch bezeichnet. Indien befürchtet nun eine Verschärfung im Kashmirkonflikt. Wie indische Medien berichten, sollen gewisse Elemente innerhalb der Armee auf einen härteren Kurs gegenüber dem prosovjatischen Regime in Kabul und gegenüber Neu Delhi drängen.

Es bleibt abzuwarten, wie es in Pakistan weitergehen wird. Offen ist u.a. die Frage, ob Wahlen tatsächlich zum angekündigten Termin stattfinden werden und unter welchen Umständen. Wird sich der von vielen als zukünftiger Premier betrachtete Mian Nawab Sharif, derzeit noch im Punjab tätig, mit seiner IJI-Partei durchsetzen können oder wird das Militär wieder die Macht übernehmen?